

TOP: 18

Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lfd.Nr. 425/2015 KT
2. Ergänzung

Änderungsantrag zur Kreistagsitzung am 29.05.2015

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Ärztenotstand im Landkreis verhindern - Kassenärztliche Vereinigung abschaffen“

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Der vorliegende Antrag zu TOP 18 wird folgendermaßen geändert:

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf beauftragt den Kreisausschuss, für den Landkreis Marburg-Biedenkopf das zuletzt auch im Gesundheitsreport dargestellte Konzept weiter zu entwickeln, mit dessen Umsetzung die Attraktivität des Landkreises für medizinisches Fachpersonal (Pflegepersonal, Allgemeinmediziner, Fachärzte usw.) gesteigert werden soll. Hierbei sind die Erfahrungen aus den Arbeitsgruppen der Gesundheitsregion einzubeziehen.

Auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Landkreistag und der KV Hessen bittet der Kreistag den Kreisausschuss eine Gesundheitskonferenz auf Landkreisebene einzuberufen. Dort sollen u.a. folgende Themen erörtert werden:

1. Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität für medizinisches Fachpersonal, insbesondere für eine wohnortnahe ambulante hausärztliche Gesundheitsversorgung
2. Auswertung der Strukturveränderung durch die Einrichtung eines zentralen Ärztlichen Bereitschaftsdienstes am Standort Marburg-Wehrda, einschließlich dessen telefonischer Erreichbarkeit.
3. Einschätzung der Funktion von MVZ in privatrechtlicher, gemeinnütziger und öffentlicher Organisationsform sowie bei organisatorischer Anbindung oder Trennung stationärer und ambulanter Trägerschaften.
4. Erstellung von Kriterien für eine regionale Zuordnung von Fachärztinnen und -ärzten analog zu den Verbesserungen für die hausärztliche Versorgung (Strukturen unterhalb von Landkreises wie etwa auf der Ebene von Mittelzentren), soweit dies fachlich angemessen erscheint.
5. Möglichkeiten der Einflussnahme auf gesundheitspolitische Entscheidungen der handelnden Akteure (KV, regionale Netzwerke, Krankenhäuser, Gesundheitskassen, Politik, Patientinnen und Patienten) mit Differenzierung für die lokale, regionale, landes- und bundesweite Ebene.

Begründung:

Die Fragen der medizinischen Versorgung bedürfen einer umfassenden und präzisen Behandlung und können nicht mit Schlagworten allein beantwortet werden. Dazu dient dieser Änderungsantrag.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.: Werner Hesse
SPD – Fraktion

gez.: Werner Waßmuth
CDU – Fraktion

gez.: Sandra Laaz
Bündnis 90 / Die Grünen